

II— 1568 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 819/J

1976 -11- 30

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. BROESIGKE, Dr. SCRINZI, Dipl.-Ing. HANREICH
an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung
betreffend geheime Erhebung der Muttersprache - Haltung der Österreichischen
Hochschülerschaft

Der Zentralausschuß der Österreichischen Hochschülerschaft hat am
29. Oktober d.J. - gegen die Stimmen allein des Ringes freiheitlicher
Studenten - einen Antrag des Generalsekretärs der Österreichischen Studenten-
Union angenommen, in dem es unter anderem hieß:

"Nachdem sich verschiedene Solidaritätskomitees gebildet haben, die gemeinsam
mit den Slowenenverbänden zum Boykott bzw. 'Slowenisch-Ankreuzen' aufrufen ...
steht der Zentralausschuß auf dem Standpunkt, daß diese Volkszählung völlig
unnötig ist. Die ÖH unterstützt daher ... in Einklang mit den schon ge-
faßten ZA-Beschlüssen das Wiener Solidaritätskomitee bei seinem Aufruf
zu einem Boykott der Minderheitenfeststellung. Die ÖH unterstützt auch die
für diese Lösung stattfindende Demonstration am 5. November 1976."

Mit dieser offiziellen Unterstützung des Aufrufes zum Boykott der geheimen
Erhebung der Muttersprache hat eine Körperschaft des öffentlichen Rechtes
durch einen Beschluß ihres obersten Organes ausdrücklich dazu aufgerufen,
ein Gesetz - nämlich das Volkszählungsgesetz in der Fassung der vom National-
rat am 7. Juli 1976 einstimmig verabschiedeten Novelle - zu mißachten und
die darin normierte Pflicht zur Teilnahme an der mit Verordnung der Bundes-
regierung vom 5. Oktober 1976 angeordneten geheimen Erhebung der Mutter-
sprache zu verletzen.

Abgesehen davon, daß eine derartige Vorgangsweise auch politisch im höchsten
Grade bedenklich erscheint, ist es im besonderen der rechtliche Aspekt, mit
dem sich das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, dessen

- 2 -

Aufsicht die Österreichische Hochschülerschaft ja untersteht, eingehend auseinanderzusetzen hat.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung die

A n f r a g e :

1. Wie lautet Ihre Stellungnahme zu dem oben aufgezeigten Sachverhalt?
2. Zu welchen Schritten sahen Sie sich angesichts des vom Zentralausschuß der Österreichischen Hochschülerschaft am 29. Oktober d.J. gefaßten Beschlusses bisher veranlaßt?